



An den Grossen Rat

17.5235.03

PD/P175235

Basel, 6. Februar 2019

Regierungsratsbeschluss vom 5. Februar 2019

Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend „Revision Museumsgesetz“ – Zwischenbericht

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 20. September 2017 die nachstehende Motion Claudio Miozzari und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Das Museumsgesetz vom 1. Januar 2001 ist mittlerweile 16 Jahre alt und weist Überarbeitungsbedarf auf. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass insbesondere die Führung, Steuerung und Kontrolle der staatlichen Museen klar geregelt und Verantwortlichkeiten eindeutig zugeordnet werden müssen. Aktuell sind letztere auf unterschiedliche Gremien und Stellen verteilt. Dies erschwert eine konsequente Begleitung der fünf staatlichen Museen, wie die Vorkommnisse im Jahr 2015 beim Historischen Museum Basel und beim Museum der Kulturen Basel zeigen.

In einem revidierten Museumsgesetz soll deshalb die Regelung der Verantwortlichkeiten bezüglich der Museen verbessert werden. Weiter soll es den Museen vereinfacht möglich werden, Rückstellungen für grosse Ausstellungen zu bilden. Gratiseintritte fürs Publikum sollen im neuen Gesetz nicht mehr verboten, sondern grundsätzlich möglich sein. Zudem sollen die staatlichen Museen, wo sinnvoll vertiefte Kooperationen mit anderen Institutionen eingehen. Es ist zu prüfen, mit welchen Anpassungen am Gesetz dies einfacher möglich wäre.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern den Regierungsrat auf, innerhalb eines Jahres ein revidiertes Museumsgesetz vorzulegen.

Claudio Miozzari, Lea Steinle, Martina Bernasconi, Sebastian Kölliker, Luca Urgese, Beatrice Messerli, Franziska Reinhard, Heiner Vischer, Franziska Roth, Tobit Schäfer "

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat hat mit seinem Schreiben an den Grossen Rat vom 20. Dezember 2017 (17.5235.02) zu dieser Motion Stellung genommen. Mit Beschluss vom 8. Februar 2018 hat der Grosse Rat die Motion Claudio Miozzari und Konsorten zur Erfüllung innert eines Jahres an den Regierungsrat überwiesen.

2. Stand der Arbeiten

Die komplexen Arbeiten an dieser Revision, in deren Zentrum insbesondere die zeitliche Ausweitung des Globalbudgets der Museen auf vier Jahre steht, wurden intensiv vorangetrieben. Die entsprechenden rechtlichen Grundlagen liegen im Entwurf vor.

Aufgrund der intensiv geführten öffentlichen Diskussion rund um die Museumspolitik hat sich der Regierungsrat dazu entschieden, eine öffentliche Vernehmlassung des revidierten Museums-gesetzes durchzuführen.

3. Antrag

Aufgrund dieses Zwischenberichts beantragen wir eine Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend „Revision Museums-gesetz“ bis 8. Februar 2020.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin